Zum Energieprogramm der D'K'P Seite 6

1H 20150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 48 vom 8. Dezember 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Stahl-Tarifabschluss in NRW: "Das ist eine Mark zuwenig!"

"Das ist eine Mark zu wenig!", so kommentierten Kollegen von Thyssen den 11%-Abschluß der IGM-Bonzen mit den Stahlkapitalisten. Hatten die IGM-Führer im letzten Jahr noch versucht, mit den groß aufgezogenen Urabstimmungen in die Bewegung einzusteigen, um ihr die Spitze abzubrechen, so war ihr dieses "Spiel mit dem Feuer" in diesem Jahr doch zu gefährlich. Zu gut war ihnen wohl noch der Schock in Erinnerung, als die Kollegen bei der zweiten Urabstimmung im letzten Jahr beinahe die zur Ablehnung des Verhandlungsergebnisses notwendigen 75% der Stimmen erreicht und so um ein Haar die Einleitung von Kampfmaßnahmen erzwungen hätten.
Diesmal machten sie es darum klammheimlich.

Das erste Angebot der Stahlkapitalisten kam 2 Tage vor Ablauf der Friedenspflicht am 21. November: bei zehnmonatiger Laufzeit 9,9% und bei einer Laufzeit von 12 Monaten 11%.

Am 22. wurden schon die Vertrauensleute in den Großbetrieben 'instruiert'. So hieß es zum Beispiel bei Thyssen: im Vergleich zum Vorjahr und gemessen an der 15%-Forderung sei das Angebot doch ziemlich hoch. Man müsse bei der 15%-Forderung eben berücksichtigen, daß Kompromisse immer notwendig seien. Die Forderung selbst sei 'demokratisch' mit einer Stimme Mehrheit in der Großen Tarifkommission zustandegekommen. **Wenn man bedenkt, daß die in den Betrieben aufgestellten Forderungen sich praktisch alle um die 20% bewegten, kann man nur sagen: schöne Demokratie!"** Selbverständlich fehlte bei dieser 'Instruktion' auch nicht die übliche Hetze gegen die 'Maoisten', die immer nur Verrat schreien. Wobei festzustellen ist, daß gerade diese Tarifrunde gezeigt hat, wie notwendig die Entlarvung und Bekämpfung der Verräter von der DGB-Führung ist.

Am Abend des 22. tagte die Große Tarifkommission und lehnte dieses Angebot ab, wobei gleichzeitig beschlossen wurde, die Verhandlungen seien bis zum 28. abzuschließen.

Für den 27. waren neue Verhandlungen angesetzt. Jetzt ging es plötzlich so schnell, daß selbst die D'K'P-Führung aus dem Tritt kam: während in der UZ das 11%-Angebot noch als Provokation heruntergeputzt und die Ablehnung dieses



Urabstimmung '73 in der Stahlindustrie in NRW: der Schock sitzt den Bonzen heute noch in den Knochen.

Angebots durch die IGM-Führung kräftig hervorgehoben wurde, waren eben diese IGM-Bonzen bereits dabei, dieses Angebot zu akzeptieren.

Klar ist: dieser 11%-Abschluß bedeutet Lohnraub. Den Kollegen aus der Stahlindustrie fehlen ohnehin schon die 70,- DM in der Tüte (von den im Sommer vereinbarten 280,- DM). Jetzt kommt dieser Abschluß, der angesichts der galopierenden Inflation ein glatter Hohn ist. Verschärft wird dieser Lohnraub noch dadurch, daß die Laufzeit wieder über ein ganzes Jahr gehen soll. Bei der gegenwärtigen Teuerung sind so lange Laufzeiten heller Wahnsinn.

Entsprechend groß ist die Empörung in den Betrieben. Diese Empörung ist nicht nur wegen dieses Lohnraub-Abschlusses gerechtfertigt. Die Kollegen merken, daß ihnen hier auf eine ganz linke Tour das Streikrecht als Waffe im Kampf für ihre Klasseninteressen geraubt werden soll. Einerseits werden alle Streiks, die nicht den Segen der DGB-Führer haben, als illegal erklärt, andererseits macht die DGB-Führung in Zusammenarbeit mit den Kapitalisten ihre Abschlüsse in Nacht- und Nebelaktionen.

In dieser Situation nützt es der Arbeiterklasse nichts, wenn ihr – wie von der Gruppe Rote Fahne – irgendwelche am grünen Tisch kalkulierte Markbeträge vorgesetzt werden. Was sie brauchen, wissen die Kollegen selbst am besten. Das Problem liegt in der Frage, wie die Forderungen durchgesetzt werden können.

Hier gilt es zuerst einmal, klare Fronten zu ziehen: die DGB-Führung und die stets an ihrer Seite marschierenden D'K'P-Revisionisten stehen fest im Lager der Kapitalisten. Ohne konsequenten Kampf gegen diese Verräter wird es keine Erfolge geben. Mit der von ihnen mehr oder weniger offen vertretenen Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten muß Schluß gemacht werden. Im Kampf gegen diese Feinde in den eigenen Reihen müssen wir uns zusammenschließen. Einerseits, um in der konsequenten innergewerkschaftlichen Opposition diese Herrschaften zu isolieren, andererseits um den Kampf selbst in Hand zu nehmen. Darauf, daß wir diesen durch und durch reaktionären DGB-Apparat wieder zu unserem Kampfinstrument machen können, können wir nicht bauen!

Brecht den Tariffrieden!

Vorwärts beim Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Kampf dem volksfeindlichen Energiesicherungsgesetz!

Es muss nicht gefroren werden!

Thyssen in Duisburg gehörte zu den Betrieben, die den Arbeitern sofort nach der ersten Verzichtsrede von Kanzler Brandt die Heizung abdrehten. Angeblich sollte eine Pumpe kaputt sein... Einige Tage später erschien die Betriebszeitung der KPD/ML bei Thyssen... Ein kleiner Artikel entlarvte die Lüge von der kaputten Pumpe. Auch bei Thyssen sollte für die Interessen Bonns und der Zionisten gefroren werden. Sogar auf dem Klo, wo zudem in einer Abteilung schon seit Jahr und Tag eine Fensterscheibe kaputt war. – Drei Stunden nach Verteilen der Betriebszeitung kamen die Handwerker, die Scheibe wurde repariert, die Heizung auf den Klos angestellt.

Ein Erfolg der Kommunisten, ein Ergebnis der Empörung unter den Kollegen über die Frieren-und-Sonntags-marschieren-Politik der westdeutschen Imperialisten.

Das ist nur eines von vielen Beispielen dafür, daß die Bonner Regierung mit der Durchführung des volksfeindlichen 'Energiesicherungsgesetzes' auf eine breite Empörung bei den Arbeitern, bei den anderen Werktätigen stößt. Das Volk ist nicht wie Brandt verlangte, zur Solidarität mit seinen Unterdrückern bereit. Es schimpft vielmehr gewaltig auf "die da oben", auf die Monopole, die das Öl zurückhalten, auf die Wohnungsvermieter, die 100-200% 'Heizungskosten' auf die Miete aufschlagen, auf die Regierung, deren Steuergroschen aus den steigenden Benzinpreisen immer gewichtiger wird, die sich jetzt sogar in das Familienleben der Arbeiter einmischt und mit dem Sonntagsfahrverbot bestimmt, ob sonntags die Oma besucht werden darf oder nicht.

Mit den ungeheuerlichsten Geschichten über die angeblichen Vorteile ihrer Notstandsmaßnahmen versucht die Bourgeoisie verlorenes Terrain zurückzugewinnen: "Auf autolosen Straßen im Revier: eine Luft wie im Kurort!" lügt Bild. "50 Menschenleben gerettet" ist eine andere Schlagzeile. Idyllische Familienphotos ergänzen das Bild vom glücklichen Notstandssonntag, den die Regierung uns angeblich beschert hat.

Gleichzeitig aber wird die Panik geschürt. Der Sündenbock für alle Folgen des kapitalistischen Systems, die die Arbeiter treffen, ist gefunden: die Ölknappheit, die um ihre Befreiung gegen die israelischen Zionisten kämpfenden arabischen Völker.

Massenentlassungen drohen, weil die Wirtschaftskrise sich verschärft. Der Sündenbock heißt: die Araber. Die Preise steigen: schuld sind die Araber usw. und so fort. Man wartet nur noch darauf, daß auch der ungewöhnlich früh einsetzende Winter den Ölscheichs in die Schuhe geschoben wird.

Hier soll abgelenkt werden vom wirklichen Feind, der im eigenen Land steht.

Gleichzeitig soll Stimmung gemacht werden für eine direktere Unterstützung der israelischen Aggression.
Offen beklagt sich Peter Boenisch, der Berufshetzer von Bild, in einem Kommentar in der BamS vom 2.12. darüber, daß die Regierung so schlapp sei. Er läßt auch keinen Zweifel daran, was eine "führungsstarke Regierung" tun müsse; es den Arabern geben – immer feste druff. Aber er hat auch Forderungen an das Volk: mehr leisten. "Das ständige Maulen der Wohlstandsgeneration, dieses zuviel an schlechter Laune ist gefährlicher als das Zuwenig an Öl."

Im Hitlerfaschismus hieß das: Kanonen statt Butter. Heute heißt es: Verzichten für die Unterstützung der israelischen Aggression durch die westdeutschen Imperialisten.

Aber mit den Appellen der Regierung, mit den Notstandsmaßnahmen ist dem Volk das Maul nicht zu stopfen, ist der anwachsende Kampf gegen das Kapital und seine Handlanger nicht aufzuhalten.

Das Beispiel von Thyssen zeigt: Es muß nicht gefroren werden!

Bekämpfen wir die Durchführung des volksfeindlichen 'Energiesicherungsgesetzes' an allen Fronten!

Kampf der Bonner Kriegshetze!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Kommentar

"WAS DIE IMPERIALISTEN AUCH TUN, SIE BESCHLEUNIGEN NUR IHREN UNTERGANG. DIE HAUPTTENDENZ IN DER HEUTIGEN WELT IST DIE REVOLUTION UND DER VORMARSCH DES SOZIALISMUS."

Aus der Erklärung des Zentralkomitees.

Nicht nur in Westdeutschland, in der ganzen Welt haben sich die Widersprüche durch die Ereignisse in Nahost in ungeheurem Maß verschärft. Während die Rivalität der Imperialisten im Weltmaßstab offensichtlich die Kriegsgefahr verschärft, demonstrieren die westdeutschen Imperialisten durch Notstandsübungen ihre vermeintliche Stärke, während sie gleichzeitig versuchen, die Folgen ihrer imperialistischen Politik auf die Werktätigen abzuwälzen. Es stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung für die Zukunft Reaktion, Faschismus und Krieg bedeutet, oder ob sie für den Kampf der unterdrückten Völker und für die proletarische Revolution in den kapitalistischen Ländern, wie z.B. in Westdeutschland, günstig ist.

Der Kampf der arabischen Völker gegen die zionistische Aggression und gegen das Komplott der Supermächte versetzt den Imperialisten in der ganzen Welt, insbesondere dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte, täglich große Schläge. Nicht nur der Zusammenschluß der arabischen Staaten gegen den Imperialismus, auch der Prozeß des Zusammenschlusses der kleinen und mittleren Länder gegen die Supermächte insgesamt hat einen großen Aufschwung genommen. Trotz aller Intervenierungsversuche stand der Zusammenschluß gegen die Supermächte auf der Konferenz der blockfreien Länder im Vordergrund. Bei den Nahost-Debatten in der UNO waren die Supermächte isoliert wie selten zuvor.

Der gegenwärtige Hauptwiderspruch in der Welt zwischen den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern und dem Imperialismus, insbesondere den Supermächten, entwickelt sich zugunsten der kämpfenden Völker, während die Widersprüche zwischen den Imperialisten sich gleichzeitig verschärfen. Der Kampf der unterdrückten Völker engt den Spielraum der Imperialisten immer mehr ein. Noch halten die Supermächte angesichts der Bedrohung durch den palästinensisch-arabischen Befreiungskampf an ihrem Komplott fest. Aber auf dem Hauptschauplatz ihrer Rivalität — in Europa — bestätigen die Versuche der sowjetischen Sozialimperialisten, sich durch Erdöllieferungen an den westdeutschen Imperialismus gegenüber dem US-Imperialismus mehr Einfluß zu verschaffen, die Richtigkeit der auf ihrem 10. Parteitag von der KP China getroffenen Feststellung: "**Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache, um in noch stärkerem Maße miteinander zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langdauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist.**"

Die von der Europäischen Gemeinschaft und von Japan abgegebenen Erklärungen weisen auf die gleichzeitige Verschärfung der Widersprüche zwischen den Supermächten und den übrigen imperialistischen Ländern hin. Ohne den offenen Bruch mit dem US-Imperialismus zu riskieren, versuchen sie doch in verstärktem Maße, ihre eigenen imperialistischen Interessen wahrzunehmen. So haben die westdeutschen Imperialisten nach ihrem vorlauten Protest gegen die von deutschem Boden aus vorgenommenen amerikanischen Waffenlieferungen nach Israel zwar schnell klein beigegeben, aber sie haben andererseits durch die EG-Erklärung versucht, so viel Distanz wie möglich zwischen sich und dem US-Imperialismus zu legen, um sich selbst aus der Schußlinie des Ölboykotts herauszubringen.

Auch die Widersprüche innerhalb der EG haben sich verschärft. Die Niederlande protestieren, weil ihren imperialistischen 'Partnern' das eigene Interesse alles und die vielbeschworene "europäische Solidarität" nichts zählt. Frankreich zeigt wenig Neigung, seine im Widerspruch zum US-Imperialismus stehende Politik aus Rücksicht auf die Abhängigkeit des westdeutschen Imperialismus vom US-Imperialismus aufzugeben.

Die Verschärfung der Widersprüche zwischen den Imperialisten stellt einerseits eine Bedrohung für die Völker und die Werktätigen in der ganzen Welt dar, weil sie die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges verschärft. Andererseits aber bewirkt sie eine große Schwächung des imperialistischen Lagers und verbessert die Kampfposition der Völker und der internationalen Arbeiterklasse. Nach wie vor gilt die Feststellung des Genossen Mao Tsetung: "**Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution.**" (Erklärung vom 20. Mai 1970).

Kennzeichnend für die Haupttendenz ist auch, daß der Widerspruch zwischen den sozialistischen und den imperialistischen Staaten sich ebenfalls sehr günstig entwickelt hat. Bereits im letzten Roten Morgen haben wir dargelegt, daß aufgrund der korrekten Politik der sozialistischen Länder, insbesondere der Volksrepubliken Albanien und China, die Bindungen zwischen den sozialistischen Ländern und den unterdrückten Völkern immer enger werden, während andererseits die Imperialisten, insbesondere die Supermächte, immer mehr isoliert werden.

Diese Verschärfung der Widersprüche in der Welt wurde von den chinesischen Genossen auf dem 10. Parteitag glänzend charakterisiert: "**Die gegenwärtige internationale Lage ist durch großen Aufruhr in der ganzen Welt gekennzeichnet... Das beschreibt genau, wie sich die von Lenin analysierten verschiedenen Grundwidersprüche in der Welt heute zeigen. Deren Stand ist eine vorübergehende, oberflächliche Erscheinung; der große Aufruhr geht aber weiter. Ein solcher Aufruhr ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker. Er bringt die Feinde in Verwirrung und differenziert sie, er weckt und stählt die Völker und gibt Impulse dafür, daß sich die internationale Lage weiter zugunsten der Völker und zuungunsten des Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Reaktionäre aller Länder entwickelt.**"

Im Weltmaßstab hat sich also auch durch die letzte Entwicklung bestätigt: Haupttendenz ist Revolution! Aber sieht die Sache bei uns nicht ganz anders aus? — Wo gestern noch für Stabilität, Sicherheit der Arbeitsplätze, Bekämpfung der Inflation usw. getrommelt wurde, werden heute unverblümt weitere Teuerungen, Rationierungen, Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit angekündigt. Die Polizeihorden, die schon im Sommer die Niederschlagung von Streiks exerziert haben, proben an Wochenenden den Notstand. Ist das nicht der Vormarsch der Reaktion auf der ganzen Linie: Massenverelendung, Faschisierung, Steigerung der imperialistischen Kriegshetze?

Was zunächst wie eine Demonstration der Stärke der Bourgeoisie aussieht, ist in Wirklichkeit ein Zeichen ihrer Schwäche, während die Kampfkraft der westdeutschen Arbeiterklasse in den Kämpfen gegen Lohnraub, Teuerung, für bessere Arbeitsbedingungen gewachsen ist. Die einsetzende Überproduktionskrise wird verschärft durch äußere Einflüsse. Nicht nur durch den Ölboykott der arabischen Staaten, sondern vor allen Dingen durch die aufgrund der gesteigerten Rivalität zwischen den Imperialisten verschärften Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt, die die Möglichkeiten einer Abschwächung des Krisenverlaufs durch Exportsteigerung wie 66/67 ungeheuer erschweren.

Und die Bourgeoisie weiß: die Arbeiterklasse wird es nicht dulden, daß die Krise auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Sie wird den Kampf aufnehmen gegen Lohnraub, Teuerung und Arbeitslosigkeit. Der Terror des imperialistischen Staates selbst wird es sein, der diesen Kämpfen in immer stärkerem Maße politischen Charakter verleihen wird. Die unermüdliche Arbeit unserer Partei unter den Massen wird es sein, die den Prozeß entscheidend vorantreiben wird, in dessen Verlauf die Arbeiterklasse immer klarer die Notwendigkeit der proletarischen Revolution begreifen wird: **dieser Staat, die Diktatur der Bourgeoisie muß zerschlagen werden, die politische Macht gehört in die Hände der Arbeiterklasse.**

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und der Kampf der unterdrückten Völker vereinigen sich immer mehr zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ZIONISMUS = RASSISMUS

Unter dem Titel "Skopus-Hilfsaktion" ruft die Axel-Springer-Stiftung in Springers 'Bild' mit riesigen Anzeigen dazu auf, die israelischen Aggressoren zu unterstützen.

Im Anzeigentext heißt es: "Die Hilfsaktion Skopusberg wird in Jerusalem der Stadt des Friedens verwirklicht. Denn Jerusalem ist der Beweis vor aller Welt, daß Menschen verschiedenen Glaubens, verschiedener Nationalität und verschiedener Rassen in Frieden nebeneinander leben können."

Jerusalem, das seit 1967 widerrechtlich von den Zionisten besetzt ist, beweist vielmehr das Gegenteil: Araber, die zu den islamischen Heiligtümern nach Jerusalem wollen, ist der Zugang zur Stadt verwehrt. Über diese Tatsachen muß Springer hinweglügen. Kaum jemand würde Springers Stiftung auch nur einen Pfennig überweisen, wenn 'Bild' die Wahrheit berichten würde: Araber in den von Israel besetzten Gebieten werden nicht anders unterjocht und behandelt als die Juden unter dem Hitlerfaschismus.

DIE RECHTE DER ARABER IN ISRAEL

Wer heute in Israel an einem Sportfest teilnehmen will, den fragt man: "Sind Sie ein reinrassiger Jude?" Nur wer die 'richtigen' Eltern hat, darf teilnehmen.

Im August 1957 schrieb ein britischer Korrespondent über Israel: "**Die Araber sind wie die Juden im Nazideutschland offiziell Bürger zweiter Klasse — eine Tatsache, die auf ihren Ausweisen vermerkt ist.**" Kaum ein Araber in Israel erhält nämlich die Staatsbürgerschaft. Nach dem 'Nationalitätsgesetz' von 1952 erhält zwar jeder Jude, der israelisches Herrschaftsgebiet betritt, automatisch die israelische Staatsbürgerschaft. **Ein Araber, dessen Väter und Großväter bereits in dem Gebiet lebten, das heute von Israel okkupiert ist, erhält nur in den wenigsten Fällen die Staatsbürgerschaft.** Eine von vielen Bedingungen dafür zum Beispiel ist, daß er "eine ausreichende Kenntnis der hebräischen Sprache aufweist". Entsprechend werden die palästinensischen Arbeiter in Israel behandelt. Sie haben weder das Recht, sich frei im Lande zu bewegen, noch ist ihr Besitz geschützt, noch sind sie ihres Lebens sicher.

LEBEN IN GHETTOS ZERSTÖRUNG VON DÖRFERN

Palästinensische Araber, die keine Juden sind, dürfen sich nicht frei im Lande bewegen, dürfen ihr Dorf oder ihre Stadt nicht verlassen. Andererseits aber können sie jederzeit aus ihrem Ort, an dem sie leben, evakuiert werden und irgendwo im Lande neu angesiedelt werden. Auf diese Weise sind z.B. zehntausende arabische Palästinenser ihrer Grundstücke und ihres Besitzes beraubt worden.

Die Zeitschrift American Mercury berichtete: "Der militärische Befehlshaber kann ein arabisches Gebiet zur verbotenen Zone erklären und somit jedem Araber, der zu seinem Land will, den Zutritt verwehren. Dann beruft man sich auf das Gesetz von 1953, und die landwirtschaftlich genutzten Flächen fallen der Konfiszierung anheim, da es die Eigentümer versäumt haben, selbst ihr Land zu bestellen. Das bedeutet, daß das Eigentum der Araber automatisch Staatseigentum wird."

Eine weitere Methode des Landraubs: Die arabischen Landeigentümer müssen nachweisen, daß sie ihr Land seit mindestens 15 Jahren besitzen. Da 1958 bei Inkrafttreten des Gesetzes Israel erst 10 Jahre existierte, vorher aber Eigentümer kaum registriert waren, konnten viele Araber den Beweis nicht erbringen und wurden ihres Landes beraubt.

Immer wieder haben die Zionisten auch Dörfer mit arabischer Bevölkerung in Israel schikaniert, unter willkürlichsten Vorwänden überfallen und zerstört sowie die Bewohner umgebracht.

Das übelste Beispiel ist das des Dorfes Kafr Qasem.

An einem Nachmittag um 4.45 Uhr wurde der Mufti des Dorfes unterrichtet, daß ein Ausgehverbot ab 5 Uhr nachmittags verhängt sei.

Der Mufti erklärte dem Offizier, der ihn unterrichtete, daß die Bewohner, die außerhalb des Dorfes arbeiten, unmöglich innerhalb einer Viertelstunde in ihren Häusern sein könnten.

Samir Budair, der außerhalb des Dorfes arbeitete, berichtete später was geschah: "**Ich erreichte den Dorfeingang in der Nähe der Schule zusammen mit drei Arbeitern auf dem Fahrrad, um 4.55 Uhr nachmittags. Wir wurden von einer Gruppe von 12 Grenzschutzleuten mit einem Offizier angehalten, die in Wagen kamen. Die Arbeiter grüßten den Offizier mit "Schalom". Er fragte sie: "Seid ihr glücklich?" Die Arbeiter antworteten "Ja". Sofort stiegen die Grenzschutzleute aus und befahlen den Arbeitern zur Seite zu treten. Dann befahl der Offizier seinen Männern: "Mäht sie um." Als sie feuerten, warf ich mich zu Boden und wälzte mich auf einen Graben neben der Straße zu. Ich schrie, aber ich war nicht verwundet. Dann hörte ich zu schreien auf, damit sie denken sollten, ich sei tot. Die Grenzschutzleute feuerten weiter auf die Arbeiter, die zusammenbrachen. Dann sagte der Offizier: "Genug, sie sind tot. Es wäre schade, mehr Kugeln für sie zu verschwenden."**"

Insgesamt wurden 51 Männer, Frauen und Kinder ermordet, 13 verwundet. Wegen des weltweiten Protestes sahen sich die Zionisten gezwungen, die unteren Polizeischergen, die an dem Verbrechen beteiligt waren, vor Gericht zu stellen. Sie erhielten 7 bis 17 Jahre Haft. **Der Kommandeur der Grenzpolizei aber erhielt eine "symbolische Buße von 2 Cents"!! Danach wurden die zu 7 Jahren verurteilten sofort wieder freigelassen und die restlichen kamen frei, nachdem sich die Erregung über den Fall gelegt hatte.**

Wenn all dies, von der Rassen- und Glaubensdiskriminierung bis zum kaltblütigen Massenmord nicht in Israel geschähe, es könnte ebenso ein Bericht über das Leben der Juden unter dem Hitlerfaschismus sein.

Das ist es, was Springer "in Frieden nebeneinander leben" nennt, das ist es, was von den westdeutschen Imperialisten mit Milliardengeldern und mit Waffen unterstützt wird.

Jeder wahre Antifaschist steht heute auf Seiten der arabischen Völker!

GIPFELKONFERENZ DER ARABISCHEN STAATEN

Vom 26. bis zum 28. November fand in Algier eine Gipfelkonferenz der arabischen Staaten zur Vorbereitung der ihnen von den Supermächten aufgezwungenen Friedensverhandlungen mit den israelischen Zionisten und zur Festlegung einer gemeinsamen politischen Linie statt. Wichtige Themen der Konferenz waren z.B. die Einheit der arabischen Staaten, die Mobilisierung des militärischen, politischen und wirtschaftlichen Potentials, die weitere Anwendung der Ölwaffe, die Neuordnung der Beziehungen zu Staaten, die die arabische Sache unterstützen und zu solchen, die weiterhin auf Seiten der israelischen Zionisten und ihrer Aggressionspolitik stehen und die arabische Politik eines internationalen Friedens auf der Grundlage der Gerechtigkeit.

Neben 16 arabischen Staaten nahm auch die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO vollberechtigt als Vertreterin aller Palästinenser an der Konferenz teil. Im Auftrag des US-Imperialismus hatte König Hussein versucht, das zu verhindern, aber die Konferenz sprach ihm das Recht ab, selbst die in Jordanien lebenden Palästinenser zu vertreten, die die Hälfte der Bevölkerung seines Königreiches ausmachen. Damit hat die Konferenz diesem arabischen Handlanger des US-Imperialismus im Nahen Osten eine klare Abfuhr erteilt.

Zwei arabische Staaten, Libyen und der Irak, nahmen an der Konferenz nicht teil. Sie begründeten das damit, **daß die Einberufung der Konferenz nicht dem Willen der arabischen Völker zur "Fortsetzung des Kampfes gegen die Feinde der arabischen Nation mit allen Mitteln" und zur endgültigen Befreiung der arabischen Gebiete entspricht.** Damit widersetzten sie sich im Interesse der arabischen Völker dem Komplott der beiden Supermächte im Nahen Osten. Die sowjetischen Sozialimperialisten sandten sogar eine Delegation nach Bagdad, um den Irak zur Teilnahme an der Konferenz zu zwingen, aber der Irak wies diese Einmischung entschieden zurück.

Diese Haltung hat ihre tiefe Berechtigung. Noch während die Konferenz tagte, erklärte der zionistische Kriegsminister Dayan, Israel dürfe sich niemals auf die Grenze von vor 1967 zurückziehen. Die Golanhöhen, die Jordangrenze, die Erhaltung des Radarnetzes auf den besetzten Nablus-Bergen, die weitere Besetzung des Sharm-el-Sheik am Golf von Akaba und der Ausbau der neuen israelischen Erdölstadt im Sinai südlich des Gaza-Streifens seien für Israel unabdingbar. **Die israelischen Zionisten sind nicht bereit, die geraubten Gebiete freiwillig herauszugeben.**

Angesichts dieser unverschämten Rede Dayans ist es blanker Hohn, wenn die sowjetischen Sozialimperialisten in einer 'Grußadresse' an die Konferenz von Algier die Waffenstillstandsresolution des Weltsicherheitsrates, die sie gemeinsam mit den US-Imperialisten ausgeheckt hatten, als Grundlage für einen sicheren und gerechten Frieden im Nahen Osten anpreisen.

Der Frieden in Nahost kann angesichts der Eroberungspolitik des US-Imperialismus und der israelischen Zionisten sowie der Machenschaften der beiden Supermächte nur durch die Zerschlagung des israelischen Zionismus erkämpft werden.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 – 466 (Verlag G.Schubert), Tel.: 0 21 41/228 259. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Nieder mit der kapitalistischen Krisenwirtschaft!

Die großen Auftritte der Bonner Stabilitätspropheten sind gelaufen. Jetzt kreisen die Pleitegeier. Fast täglich neue Anträge auf Kurzarbeit, täglich Meldungen über steigende Arbeitslosenzahlen, in der Bau- und Textilindustrie Pleiten über Pleiten, die Automobilindustrie erwägt die Stillegung gewisser Kapazitäten in Westdeutschland. Die Reihe der 'Krisenmeldungen' läßt sich beliebig fortführen. Die Bonner Regierung behauptet frech, der Erdölboykott sei die eigentliche Ursache für die einsetzende Überproduktionskrise.

Wo liegen tatsächlich die Ursachen für die kapitalistischen Überproduktionskrisen?

Die Ursachen der kapitalistischen Überproduktionskrise liegen im kapitalistischen System selbst begründet: die Millionenmassen der Werktätigen schaffen gemeinsam allen Reichtum der Gesellschaft, den die Kapitalisten sich dann privatwirtschaftlich aneignen, über dessen Verwertung oder Vernichtung sie nach ihren Profitinteressen entscheiden.

Während die Produktion in den einzelnen Fabriken straff und relativ planmäßig organisiert ist, verläuft die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt völlig ohne Plan. Während die Bosse in den Fabriken diktatorisch herrschen, herrscht in der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt die "Anarchie der Produktion".

Jeder Kapitalist will den größtmöglichsten Profit machen. Dazu müssen die Konkurrenten ausgestochen und ein möglichst großer Marktanteil muß erobert werden. Also steigert jeder Kapitalist die Produktion, verschärft die Antreiberei im Betrieb, läßt Überstunden machen und Sonderschichten fahren. Wenn sie nicht untergehen wollen, müssen die Konkurrenten dasselbe tun. Im verschärften Konkurrenzkampf versucht jeder Kapitalist schneller und billiger zu produzieren als der Konkurrent. Neue Maschinen werden angeschafft.

Millionen um Millionen werden investiert. In der Regel natürlich nicht aus der Privatschatulle der Kapitalisten. Die Banken zahlen von den Spareinlagen Riesenkredite, der imperialistische Staat finanziert von unseren Steuergeldern Konjunkturspritzen für die Kapitalisten. Die Kapitalisten machen zwar absolut gesehen dadurch mehr Profit, aber sie mußten auch viel mehr Kapital einsetzen. Das prozentuale Verhältnis des Profits zur Summe des insgesamt von den Kapitalisten für die Produktion vorgeschossenen Kapitals – die Profitrate – ist gesunken. Mit anderen Worten: die Kapitalisten können nur einen geringeren Prozentsatz des von ihnen vorgeschossenen Kapitals als Gewinn einstreichen. Sie versuchen das durch eine weitere Steigerung der Produktion wettzumachen nach dem Motto: die Masse muß es bringen.

Alle Kapitalisten lassen also auf Teufel komm raus weiterproduzieren in der Hoffnung, aus dem Konkurrenzkampf als Sieger hervorzugehen, einen großen Marktanteil erobert zu haben.

Riesige Warenmengen werden erzeugt, aber wer soll sie kaufen? Die Werktätigen können durch die galoppierende Teuerung, durch das Sinken der Reallöhne praktisch nur noch das zum Leben notwendigste kaufen.

So hausen zum Beispiel Millionen Menschen in Wohnungen, die man nur als Löcher bezeichnen kann, ausländische Kollegen werden in Baracken gepfercht, die überwiegende Mehrzahl des Volkes lebt in Wohnungen, die zu klein oder zu teuer und meistens sogar beides zugleich sind. Trotzdem wird auch in Bezug auf die vielen Baupleiten in der Bauindustrie von Überproduktion geredet, das Wohnungsangebot sei zu groß. In der Tat stehen zum Beispiel in München über 10 000 komfortable Neubauwohnungen leer, die zigtausend Münchner Wohnungssuchenden können sie allerdings nicht bezahlen.

In dieser kapitalistischen Überproduktion kommt der ganze Widersinn, die ganze Menschenfeindlichkeit des kapitalistischen Systems zum Ausdruck: riesige Warenmengen werden produziert, die für die Werktätigen unerschwinglich sind und die die Reichen nicht kaufen wollen, weil sie sie ohnehin schon im Überfluß besitzen.



Hella in Lipstadt : Polizeitruppen versuchen den Streik der Kollegen mit Gewalt zu brechen.

Spielt der Erdölboykott überhaupt keine Rolle?

Der Erdölboykott ist keineswegs die Ursache für die kommende Überproduktionskrise, er gehört lediglich zu den Faktoren, die sie verschärfen. Das gilt auch für die Automobilindustrie. Die Neuanmeldungen für PKWs gehen schon seit langem ständig zurück, als von einer 'Energiekrise' noch keine Rede war. Vor allem wird die jetzt einsetzende Krise dadurch verschärft, daß die Imperialisten ihren Verlauf nicht wie 1966/67 durch Exportsteigerung abschwächen können, weil sich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt inzwischen erheblich verschärft hat.

D'K'P-Vorschlag .. Massenkaufkraft erhöhen!

Mit dieser Parole wollen die D'K'P-Revisionisten uns einreden, könne die Krise bekämpft werden. Auf den ersten Blick liest sich das ganz gut: wenn mehr Lohn in der Tüte ist, können die Werktätigen alle produzierten Waren kaufen und konsumieren und mit der Krise ist es aus.

Wenn das so einfach wäre, warum rücken die Kapitalisten dann nicht mit einer saftigen Lohnerhöhung heraus, um sich die Krise vom Hals zu schaffen? Warum hetzen sie wie bei Ford stattdessen die Polizei auf Arbeiter, die für mehr Lohn streiken?

Tatsache ist, daß die Überproduktionskrise nicht mehr oder weniger zufälliges Produkt falschen oder böswilligen Verhalten (zu wenig Lohn zahlen) der einzelnen Kapitalisten ist. **Die sinkende Kaufkraft der Massen ist nur ein, aber nicht der entscheidende oder gar alleinige Faktor bei der Entstehung der Krise.** Durch eine Erhöhung der Massenkaufkraft wird weder die Anarchie der kapitalistischen Produktion aufgehoben, noch werden die Konkurrenzbedingungen verändert, der Fall der Profitrate sogar verschärft.

Die Überproduktionskrise ist vielmehr Ausdruck der Unfähigkeit des Kapitalismus, sich weiter vorwärtszuentwickeln. Er hat sich im Netz der ihm innewohnenden Widersprüche gefangen und muß zurückgehen, muß die erzeugten Produktivkräfte in der Krise vernichten. Die Lasten der Krise werden auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt: Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, beschleunigte Verelendung der Arbeiterklasse. Um das gegen den Widerstand der Arbeiterklasse durchzusetzen, werden die Polizeitruppen mobilisiert, werden Grenzschutz und Armee gegen die kämpfende Arbeiterklasse eingesetzt.

Nicht nur, daß die modernen Revisionisten das zu verschweigen suchen, um Illusionen über das Wesen der kapitalistischen Krisenwirtschaft zu verbreiten, ist ihre Parole auch Verhöhnung der Arbeiterklasse. Sie faseln von Massenkaufkrafterhöhung, während in Wirklichkeit die Reallöhne der Arbeiterklasse sinken. Während es für die Arbeiterklasse gilt, in harten Klassenkämpfen zu verhindern, daß alle Lasten der Krise auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden.

Es ist, wie es in der Erklärung des ZK unserer Partei festgestellt wird: "Mit jedem Tag beweist das kapitalistische System aufs neue, daß es nicht in der Lage ist, der Arbeiterklasse, den werktätigen Massen ein Leben frei von Not und Sorgen, in Glück und Frieden zu garantieren." Frei von Krisen, ohne Arbeitslosigkeit zu leben, das ist nur im Sozialismus möglich.

NIEDER MIT DER KAPITALISTISCHEN KRISENWIRTSCHAFT!
FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!



Aus der Betriebszeitung der KPD/ML bei Küppersbusch/Gelsenkirchen:

FRISTLOS ENTLASSEN – SPENDEN BESCHLAGNAHMT – VERHAFTET!

Am Freitag rumorte es in der "Vereinigten Knochenmühle Schickedanz". Das Gespenst des Aufruhrs ging um in der Form eines Flugblattes. Morgens in den Kauen und dann im Betrieb wurde das Flugblatt verteilt. Kollegen riefen darin zur Sammlung von Spenden für den Kollegen Günter Bartsch auf, den ein Arbeitsunfall im Betrieb lebenslang zum Krüppel gemacht hatte. Als schuldig am Arbeitsunfall wurde die Profitgier der Kapitalisten entlarvt. Es wurde aufgerufen, gegen die Antreiberei durch Hungerlöhne und Prämiensystem den Kampf aufzunehmen.

Das rief natürlich die Geschäftsleitung, an ihrer Spitze den Herrn Kunolt, auf den Plan. Sie fanden einen Judas, der einen Kollegen, der das Flugblatt verteilt hatte, denunzierte. Er wurde gegen 9 Uhr morgens ins Chefbüro gebracht. Dort wollte man ihn weichmachen, wollte ihn dazu bringen, andere Kollegen zu verpfeifen. Hier aber hatten sich die Herren verrechnet. Der Kollege gab nicht klein bei, als kommunistischer Arbeiter stellte er sich voll hinter die Richtigkeit des Flugblatts und sagte den Herren der Geschäftsleitung und den dazugerufenen Betriebsratsvertretern klar ins Gesicht, daß ihr Verhalten nur ein weiterer Beweis für die Berechtigung des Flugblattes ist. Der Betriebsrat hielt 'hochmoralische' Vorträge darüber, daß man halt den Betriebsfrieden nicht brechen dürfe und zitierte das Betriebsverfassungsgesetz wie die Bibel. Unter 'Betriebsfrieden' verstehen eben diese sogenannten Betriebsratsvertreter nur, alles dafür zu tun, daß die Kapitalisten die Arbeiter weiterhin wie Freiwild mißbrauchen und ausbeuten können.

Nachdem die Herren Kunolt einsehen mußten, daß sie bei dem Kollegen auf Granit bissen und er sich nicht vor ihren Karren spannen ließ, da zeigten sie, was sie von der von ihnen so groß beschworenen Meinungsfreiheit hielten: Um 10 Uhr war dem Kollegen fristlos gekündigt worden. Er wurde unter Bewachung aus dem Betrieb geführt, damit er ja keinen Kontakt mehr zu Kollegen aufnehmen konnte.

Aber so einfach bekommt man Kommunisten nicht los. Schon als die Mittagsschicht in den Betrieb kam, stand der entlassene Kollege Sperandio mit seiner Frau wieder vor dem Betrieb, verteilte das Flugblatt weiter und sammelte Spenden für Günter Bartsch. Die Zustimmung und Empörung der Belegschaft war groß. Das brachte Herrn Kunolt dazu, erneut zu erscheinen, um den Kollegen Sperandio von "seinem Werksgelände" zu vertreiben. Trotzdem kamen in kurzer Zeit mehr als 24 Mark aus Arbeitergroschen zusammen, und es wäre noch bedeutend mehr geworden, hätte Herr Kunolt nicht nach seinen Helfershelfern in Uniform, nach der Polizei gerufen. Diese kamen an und beschlagnahmten kurzerhand Spenden und Flugblätter und verhängten gegen den Kollegen Sperandio und seine Frau Strafanzeige wegen nicht gemeldeter Spendensammlung.

Man sollte glauben, das wäre genug der Terrormethoden. Aber nein. Als der Kollege Sperandio am Samstag morgen auf der Bahnhofstraße diskutierte, als er öffentlich das wahre Gesicht dieser sogenannten Demokratie entlarvte, da kam doch ganz zufällig? ? Herr Kunolt vorbei. Er wollte sich in die Diskussion mischen, aber dazu kam es nicht. Als der Kollege Sperandio verkündete, um wen es sich da handelte, drehte er erschreckt ab. Und wieder wurde die Polizei alarmiert. Von wem wohl? ? Mit 3 Einsatzwagen erschienen sie und stürzten sich gezielt auf den Kollegen Sperandio, um ihn festzunehmen. Aus sicherer Entfernung hörte man: "Den da, den mit der Lederjacke." Wer das wohl war? ?

Man höre und staune, welches Vergehen jetzt dem Kollegen Sperandio vorgeworfen wurde: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, nicht angemeldete Versammlung!

Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung – vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger!

Revisionistisches

Letzter Ausweg- Lügen!

Je mehr sich die Klassenkämpfe verschärfen, desto wilder hetzen die Revisionisten von der D'K'P und ihren Massenorganisationen gegen die KPD/ML. Um die Massen gegen die Kommunistische Partei aufzubringen, scheuen sie nicht davor zurück, solche unverschämten Lügen zu verbreiten wie: Die KPD/ML sei vom Verfassungsschutz bezahlt oder die KPD/ML arbeite mit den Faschisten, den Todfeinden der Arbeiterklasse, zusammen.

Es hat den Anschein, daß die Revisionisten Schwierigkeiten haben, mit diesen Lügen Glauben zu finden. Der "Kommunist" Organ der D'K'P-Hochschulgruppe in Gießen jedenfalls sah sich genötigt, einen Beweis zu suchen. Hier ist er:



Und hier ist die Wrklichkeit:

Diese "Beweisführung" der Revisionisten war ein einziger Schlag ins Wasser. Wer dastand wie der berühmte begossene Pudel waren die Mitglieder der D'K'P-Hochschulgruppe, die sofort nach Erscheinen ihres Hetzblattes zusehen mußten, wie die Studenten vor den Wandzeitungen des KSB/ML die Lügen des "Kommunist' mit der Wahrheit des Roten Morgen verglichen.



DIE MAUER MUSS WEG!

ROTER MORGEN

Bundesverfassungsgericht zum Grundvertrag:

HEIM INS REICH?

Lohnstopp wird vorbereitet!



Äthiopien

WOHER KOMMT DIE HUNGERSNOT?

Die Dürre in weiten Teilen Afrikas südlich der Sahara hat sich bis nach Äthiopien erstreckt. In den nördlichen Provinzen blieb der Regen aus. Getreide und Mais verdorrten am Halm, die Weidenflächen vertrockneten. Erst starb das Vieh oder mußte notgeschlachtet werden, dann begann das Sterben der Menschen. In den Dörfern der am meisten betroffenen Provinz Wollo konnten die Leichen nur noch in Massengräbern verscharrt werden. Wer noch genug bei Kräften war, schleppte sich durch das weglose Land in die Städte und hoffte, dort Hilfe zu bekommen, aber die Hilfe ließ lange auf sich warten. Jetzt sterben die Menschen in den Städten, Räumkommandos entfernen die Leichen der Verhungerten von den Straßen in Dessie, Komboltscha, Bati, Senbete, Alamata und vielen anderen Städten.

Lange Zeit verheimlichte die äthiopische Regierung aus Furcht, sich bloßzustellen, das Ausmaß der Hungersnot. Als es bekannt wurde, war es für viele Zehntausende schon zu spät. Inzwischen treffen die ersten Hilfssendungen ein, aber sie sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. **Die große Masse der Spenden für die Hilfaktion kommt von Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen und ist ein Ausdruck der Solidarität mit dem hungernden äthiopischen Volk.** Ein anderer Teil kommt von Firmen und ist wortwörtlich von einem beispiellosen Reklamerummel begleitet. Organisiert werden die Hilfsaktionen von den großen Illustrierten. Sie bringen möglichst erschütternd gehaltene Berichte mit vielen Fotos aus den Hungergebieten — "Wir waren dabei — Unser Reporter flog mit der ersten Maschine dahin" — und geben der Aktion den Namen ihres Blattes. Sie führen die Leser "näher an das Blatt heran." Die Kosten: So hoch wie die einer jeden anderen Reklame und ebenso von der Steuer absetzbar. **Minister, Parlamentarier und sonstige Prominenz stellen sich für das Kuratorium der Aktion zur Verfügung und machen für sich Reklame. In den Spendenlisten werben die Firmen, von denen Spenden kommen, offen und versteckt für ihre Produkte. Die vielen Spenden aus der Bevölkerung werden in den Spendenlisten nicht erwähnt.**

In Indien sterben jährlich über drei Millionen an Hunger, aber das ist nicht mehr neu. Äthiopien hingegen, das ist neu, das bringt noch etwas ein. "Solidarität" im Dienst des Kapitalismus.

Naturkatastrophen, wie die in Äthiopien kommen unabhängig von den Menschen. Wenn der Regen ausbleibt, folgt unweigerlich die Dürre. Aber ob sich eine Naturkatastrophe auch für die Menschen zu einer Katastrophe entwickelt, zu Hungresnöten wegen Dürre, Überschwemmung etc. hängt nicht vom "Schicksal", vom "Himmel" oder von anderen unbeeinflußbaren Instanzen ab.

Äthiopien ist eines der rückständigsten Länder der Welt. Neben einer zahlenmäßig schwachen nationalen Bourgeoisie, die einige wenige kleinere Fabriken, Bergwerke, Ländereien etc. besitzt, beherrschen das Land die Ras, die Reste der alten Adelsschicht. Kaiser Haile Selassie, der Negus, ist der oberste Ras, der "Löwe von Juda", der unumschränkt herrscht. **Diese Gesellschaftsform ist das Grundübel und die Hauptursache für die Hungersnot in Äthiopien.**

In Äthiopien haben die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten hadfeste wirtschaftliche und politische Interessen. Sie plündern das Land nach Strich und Faden aus. Sie besitzen in einigen Zentren die großen Fabriken und verfügen über die Bodenschätze des Landes. Sie beuten die billige Arbeitskraft der äthiopischen Arbeiter aus. **Sie haben schon aus dem Land viele tausendmal mehr herausgeholt als sie jetzt in Form von Hilfslieferungen zurückgeben.**

Naturkatastrophen werden dann nicht zu Katastrophen für die Menschen, wenn die Ausbeuter, die einheimischen und die fremden, vertrieben werden und das Volk sein Geschick selbst in die Hand nimmt, im Sozialismus. In der VR China starben vor der Befreiung vom Joch der Ausbeuter Millionen von Menschen wegen Dürre oder Überschwemmung. In Albanien war die Ernährung des Volkes vor der Befreiung wegen Versumpfung weiter Gebiete völlig unzureichend. **Nach der Vertreibung aller Ausbeuter hat das Volk in China in kürzester Zeit die Dürregebiete bewässert und die Flüsse eingedämmt, haben die albanischen Arbeiter und Bauern die Sümpfe in kürzester Zeit trockengelegt, ohne dabei, wie die Kapitalisten, auf den Profit aus solchen Unternehmungen angewiesen zu sein.** Im Kapitalismus hätte die gleiche Entwicklung nicht stattfinden können, weil sie nicht profitbringend im Sinne der Kapitalisten war. Im Sozialismus war sie möglich, weil sie vom Volk vorangetrieben wurde und in kürzester Zeit und auf lange Sicht eine bedeutende Verbesserung der Lebenslage des Volkes mit sich brachte. **So war die VR China in der Lage, Äthiopien einen zinslosen Kredit von einer halben Milliarde Dollar zu gewähren, das gleiche China, in dem vor 30 Jahren noch die gleichen Verhältnisse herrschten wie heute in Äthiopien.**

"Der Kampf geht weiter! Bis die Festung fällt!"

Zum 37. Todestag Hans Beimlers

Am 1. Dezember 1936 ist Hans Beimler, Kommissar der Elften Brigade in Spanien gefallen. 3 000 deutsche Antifaschisten zogen gleich ihm nach Spanien, um die Republik gegen den Angriff der spanischen und der deutschen Faschisten zu verteidigen. Seite an Seite mit ihnen und mit ihren spanischen Klassenbrüdern kämpften Revolutionäre und Demokraten aus der ganzen Welt.

Zehn Jahre nach der Bildung der Internationalen Brigaden sagte Erich Weinert, der große deutsche Dichter: "...Am 8. November erschien die erste Internationale Brigade, die deutsche, später bekannt unter dem Namen "Die Elfte', in der Stadt Madrid. Als ihre Kolonnen, deutsche Freiheitslieder singend, durch die schönen Aveniden Madrids marschierten, war die gesamte Bevölkerung auf die Straßen gezogen. Es gab einen unbeschreiblichen Jubel. Überall wurde den Freiwilligen Wein und Lebensmittel angeboten. Die ganze Stadt war voller Fahnen und Blumen. **Das Volk von Madrid rief: "Viva la Alemania libre!" Es lebe das freie Deutschland! oder "viva la Solidaridad obrero internacional!" Es lebe die internationale Arbeitersolidarität! Und die Kolonnen der Bataillone Thälmann und Edgar Andre antworteten ihnen mit dem Rufe: "No pasaran!" Sie werden nicht durchkommen.
Und diesen Schwur haben die Internationalen gehalten."**
Das rote Madrid hielt den Angriffen der Faschisten stand.

Die Internationalen Brigaden lösten sich nach zwei Jahren harten Kampfes auf. Ihr heroisches Beispiel aber gilt bis heute. Erich Weinert sagte: **"Die historische Bedeutung der Internationalen Brigaden liegt darin, daß sie der Welt gezeigt haben, daß der Gewalt der Reaktion Grenzen gesetzt sind, wenn der Kampf gegen sie nicht mit Worten, sondern mit der Tat geführt wird.** Weiterhin haben die Internationalen Brigaden bewiesen, welche siegreiche Kraft in einer echten, brüderlichen, antifaschistischen Einigkeit ruht. Und schließlich, und das ist nicht ihr geringstes Verdient, haben sie dazu beigetragen, dem Geist der internatio nalen Solidarität eine neue, sinnfällige Gestalt zu geben.

Die Männer der Internationalen Brigaden leben und auch ihr Geist lebt noch. Wir wissen nicht, wann und aus welchem Hinterhalt die deutsche und die internationale Reaktion einen neuen Anschlag auf die mühsam errungenen Freiheiten der Völker unternehmen wird. Immer aber werden sie die Kämpfer der Internationalen Brigaden in der vordersten Reihe des Kampfes finden. In einem Gedicht, das ich anläßlich des Abschiedes von den spanischen Kameraden geschrieben habe, wird am Schluß das Gelöbnis ausgesprochen, das wir heilig halten werden:

**"Wir gehn zurück in eine andre Welt,
Als Partisanen, nicht als Veteranen.
Wir bleiben weiter unter unsren Fahnen.
Und wo der Feind sich auch entgegenstellt
Der Kampf geht weiter! Bis die Festung fällt!"**

Vor Madrid auf Barrikaden
In der Stunde der Gefahr,
Mit den Interkampfbrigaden
Das Herz voll Haß geladen,
Stand Hans, der Kommissar.

Seine Heimat mußt' er lassen,
Weil er Freiheitskämpfer war.
Auf Spaniens blut'gen Straßen
Für das Recht der armen Klassen
Starb Hans der Kommissar.

Eine Kugel kam geflogen
Aus der Heimat für ihn her.
Der Schuß war gut erwogen,
Der Lauf war gut gezogen —
Ein deutsches Schießgewehr.

Kann Dir mein Wort daruf geben:
Vencera la liberdad!
Dem Feind wird nicht vergeben
Du bleibst in unser'm Leben
Hans Beimler, Kamerad.



Im sozialistischen China gibt es keine Krisen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Moderne Revisionisten isoliert

Am 17. November fand in Bonn ein Palästinakongreß statt, zu dem u.a. verschiedene Palästina-Komitees, die türkische Studentenorganisation Atöf und die iranische Studentenorganisation CISNU aufgerufen hatten. Heute, ein Jahr nach dem Verbot von GUPA und GUPS durch die Bonner Regierung ist es notwendiger denn je, der antiarabischen Hetze der westdeutschen Imperialisten entgegenzutreten. Eine einheitliche Front zur Solidarität mit dem bewaffneten Kampf des palästinensischen und der anderen arabischen Völker zu schaffen, war darum auch das Ziel dieses Kongresses.

Die KPD/ML hatte in ihrer Grußadresse an den Kongreß darauf hingewiesen, daß die Freiheit, der palästinensisch-arabische Befreiungskampf nur im Volkskrieg gegen die beiden Supermächte siegreich sein kann. Auf dem Kongreß fand dieser Standpunkt breite Unterstützung. Die Vertreter der Cisnu und der Atöf betonten in ihren Reden die tiefe Freundschaft zwischen ihren Völkern und den zwischen ihren Völkern und den Völkern Arabiens. Ihre Reden, die die Verbrechen des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus geißelten und betonten, daß nur der Volkskrieg die Völker befreien könne, wurden immer wieder von Beifall unterbrochen.

In den Arbeitsgruppen, in denen die Teilnehmer des Kongresses unter anderem über eine gemeinsame Resolution der Teilnehmer des Kongresses diskutierten, wurde in drei Arbeitsgruppen mehrheitlich beschlossen, in diese Resolution die Parole: Sieg im Volkskrieg aufzunehmen und beiden Supermächten den Kampf anzusagen. Das war ein Sieg über die anwesenden Vertreter der modernen Revisionisten, die die revolutionäre Einheit dieses Kongresses zu spalten.

Was will die PLO ?

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organisation – PLO) ist die Dachorganisation aller palästinensischen Widerstandsorganisationen und vertritt die Interessen des palästinensischen Volkes. In dieser Funktion wird sie auch von allen fortschrittlichen Staaten und Kräften in der Welt anerkannt.

Das grundlegende politische Ziel der PLO in der heutigen Epoche ist **die Errichtung eines demokratischen, antiimperialistischen Staates in Palästina, in dem die arabische und die jüdische Bevölkerung friedlich und gleichberechtigt, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, leben kann.** Das Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist **der bewaffnete Kampf gegen den US-Imperialismus und seine Komplizen, die israelischen Zionisten,** die freiwillig niemals ihre Herrschaft im Nahen Osten aufgeben werden.

Als schließlich ein Vertreter des VDS in einem Redebeitrag Loblieder auf die Politik der Sozialimperialisten im Nahen Osten sang und gegen den revolutionären Volkskrieg hetzte, wurde die Empörung gegen die modernen Revisionisten im Saal so groß, daß er nicht mehr weitersprechen konnte. Angesichts dieser Empörung versuchten sie, mit anderen Mitteln einen Sieg der revolutionären Linie zu verhindern. Die Kongreßleitung legte eine Resolution vor, in der entgegen den Beschlüssen der Mehrheit des Kongresses weder vom Sieg im Volkskrieg noch vom Kampf gegen das Komplott der Supermächte die Rede war. Als die nochmalige Diskussion dieses Vorschlags verlangt wurde, erklärte die Kongreßleitung die Resolution kurzerhand für angenommen, drehte das Mikrofon ab und verkündete das Ende der Veranstaltung.

Diese Situation versuchten die Vertreter der Liga gegen den Imperialismus für sich auszunutzen, indem sie Propaganda für ihre spalterischen Nahostkomitees machten, die sie gerade zu diesem Zeitpunkt aus der Taufe gehoben hatten. Vor dem Kongreß hatten die Führer der GRF so getan, als unterstützten sie die Palästina-Komitees. In Wirklichkeit aber hatten sie, wie sich jetzt herausstellte, heimlich Spalterkomitees aufgebaut. Mit dieser Politik arbeiten sie den Revisionisten, die die revolutionäre Einheit zur Unterstützung des palästinensisch-arabischen Freiheitskampfes spalten wollen, in die Hände. Den Zusammenschluß der revolutionären Kräfte aber werden sie damit genauso wenig verhindern können wie die Revisionisten.

US - Imperialisten wechseln ihre Henker aus

Noch während der machtvollen Kämpfe des Volkes, der Besetzung der Technischen Hochschule in Athen durch zehntausend Arbeiter und Studenten, der Demonstrationen und Zusammenstöße mit Polizei und Militär in Athen, Patras, Saloniki und Piräus, startete eine Gruppe von Generälen und Obersten unter General Ioannidis, Chef der Militärpolizei und Hauptverantwortlicher für die Folterungen und Morde, einen Militärputsch gegen ihren einstigen Chef Papadopoulus. Sie setzte ihn ab, stellte ihn unter Hausarrest, löste sein "Zivilkabinett" Markezinis auf und setzte eine neue, der neuen Junta hörige Regierung unter Androutsopoulos ein.



Die neue Junta und ihr "Staatspräsident" General Gizikis werfen Papadopoulos vor, er habe die Kräfte wieder hervorkommen lassen, gegen die sich die "Revolution" von 1967 gerichtet habe. Die neue Junta machte mit der Scheindemokratisierung Schluß und kehrte zur unverhüllten faschistischen Diktatur zurück.

Die Ursache des Putsches ist in der Tat die machtvolle Volksbewegung gegen die faschistische Diktatur. An den Kämpfen der zweiten Novemberwoche nahmen allein in Athen 50 000 Arbeiter und Studenten aktiv teil. Gegen diese Bewegung gingen die alten und die neuen Machthaber mit äußerster Brutalität vor. Gefangene wurden in Busse gepfercht und zusammengeschlagen, bevor man sie abtransportierte. Polizisten warfen Festgenommene zu Boden und trampelten auf ihren Köpfen herum. Sie tobten ihre Wut an den wenigen aus, die ihnen in die Hände fielen.

Die Ablösung der Papadopoulos-Clique durch eine neue, noch brutalere, zeigt, daß der wachsende Kampf des Volkes die Vorherrschaft des US-Imperialismus in Griechenland erschüttert. Wie in anderen Ländern, z. B. 1963 in Südvietnam, hieven die US-Imperialisten eine neue reaktionäre Clique an die Macht, wenn sich die alte abgenutzt hat. Diese kommt dann mit "neuen" politischen Versprechungen, wie z.B. der "Präsident" Gizikis, der für eine ferne Zukunft eine "demokratische" Allparteienregierung versprochen hat. **Für diese Täuschung erntete er das Lob aller Volksfeinde in Griechenland, ein schließlich der griechischen Revisionisten, die sich mit einer solchen Regierung einverstanden erklärten.**

Aber das Volk läßt sich nicht täuschen. Es hat aus der Erfahrung gelernt. Mit solchen Tricks können der US-Imperialismus und seine griechischen Henkersknechte bestenfalls einen Aufschub ihres Untergangs erreichen, egal, wie oft sie die 'Führungsmannschaft' austauschen. **Am Ende des Kampfes steht der Sieg des Volkes.**

Abfuhr für neuen Trick der britischen Imperialisten

Nach wochenlangem Palaver mit allen möglichen Politikern verkündete der britische Nordirland-Minister Whitelaw triumphierend, daß sich die "protestantischen" Unionisten und die "katholische" Sozialdemokratische und Labour-Partei (SDLP) gemeinsam mit der "nichtkonfessionellen" Alliance-Partei auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung geeinigt hätten. Die "Protestanten" bekämen in dieser Regierung sechs Sitze, die "Katholiken" vier und die Alliance-Partei einen Sitz. Dieses Ereignis wurde von den britischen und allen anderen Imperialisten als eine "neue Epoche für Nordirland" gefeiert. Der "Glaubenskonflikt" könne nun beigelegt werden.

Glaubenskrieg? – Dieses Märchen ist nun wirklich zu alt, um immer wieder aufgetischt zu werden. Es handelt sich um Klassenkampf. Die überwiegend katholische Arbeiterklasse wird von einer überwiegend protestantischen Ausbeuterklasse ausgeplündert und unterdrückt, die sich noch dazu auf die Seite des britischen Imperialismus gestellt hat und seine Vorherrschaft über Nordirland sichern soll. **Die Vertreter der SDLP, die auf den Kuhhandel der britischen Imperialisten eingegangen sind, vertreten eine kleine katholische Überschicht. Als Knechte des britischen Imperialismus sind sie Feinde der nordirischen Arbeiterklasse und des irischen Volkes, mit denen es kein Paktieren gibt. Gegen sie wird der bewaffnete Kampf genau so geführt, wie gegen die "protestantischen" Ausbeuter.**



BRITISCHE BESATZER RAUS!

Um dem irischen Volk ihren Betrug mit der "neuen Epoche" schmackhaft zu machen, erfanden die britischen Imperialisten den "gesamtirischen Rat", dem auch Vertreter der reaktionären Regierung der Republik Irland angehören sollen. Mit allen Mitteln versuchen sie, das irische Volk vom bewaffneten Kampf abzubringen, um die Vorherrschaft über ganz Irland zu behalten. Die Teilnehmer der geplanten nordirischen Koalitionsregierung und die reaktionäre Regierung der Republik Irland sind dabei ihre Komplizen.

Das Volk hat ihnen seine Antwort schon erteilt. Befreiungskämpfer der IRA verübten einen Anschlag auf einen der "katholischen" Ministerkandidaten und töteten keine 24 Stunden nach Whitelaws Verkündung den 200. Britenbesatzer. Am 28. November kaperten die Kämpfer der IRA über 100 Kraftfahrzeuge, versahen sie mit Sprengladungen und blockierten mit ihnen 89 Straßen, darunter alle Hauptverkehrsstraßen Nordirlands.

Der Kampf geht weiter, bis zur Vertreibung der britischen Imperialisten und ihrer nordirischen Speichellecker und zur Errichtung eines vereinten Arbeiterstaates in ganz Irland.

ÄNDERUNG !

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer in der Sendezeit von 21.30 bis 22 Uhr auch auf Mittelwelle 215 Meter = 1.395 KHz.

Hört die revolutionären Sender !

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.30 – 22.00	41 und 5o Meter und 215 Meter
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter 206 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)
206 Meter entsprechen 1456 KHz

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o
21.oo - 22.oo

Immer: 43,7, 42,8 und 26,2 Meter

D'K'P - Energieprogramm :

Punkt für Punkt für's Kapital !

Gruppe Rote Fahne am Rockzipfel der Revisionisten

In einem Energie-Programm stellen die D'K'P-Revisionisten ihre Forderungen zur Energiepolitik vor (UZ, 15. November). Der Kernpunkt dieses Programms läßt sich am besten umreißen mit einer Parole, die auf der Essener Demonstration der D'K'P getragen wurde: "Ich glaube an die Ölknappheit". Ein Bekenntnis zum westdeutschen Imperialismus, das die Werktätigen zu Bitten und Gebeten an die Regierung erziehen will.

Die Gruppe Rote Fahne (die sich unverschämterweise 'KPD' nennt) wiederum glaubt nicht an die Ölknappheit: "Ölkrise? Nein!" – unter dieser Parole leugnen sie völlig, daß der Ölboykott eine scharfe Waffe der arabischen Völker in ihrem gerechten Kampf ist – eine Waffe, die den westdeutschen Imperialismus empfindlich trifft. Für die GRF-Führer besteht die Energiekrise einzig als "Krisenhysterie der Brandt-Regierung".

Beide gemeinsam aber leugnen den imperialistischen Staat als Herrschaftsapparat der Imperialisten. So wundert es nicht, daß D'K'P-Revisionisten und die Opportunisten der GRF Forderungen und Parolen aufstellen, die sich aufs i-Tüpfelchen gleichen.

Punkt 1 im Programm der Revisionisten heißt: "Die Kohleförderung wird erhöht, um die Abhängigkeit der Ölversorgung zu vermindern.. Alle Zechenstillegungen sind zu verhindern."

Mancher Zechenkumpel, der vor die Tür gesetzt worden ist, weil seine Zeche dichtgemacht wurde, wird erst einmal sagen: "Das wäre nicht schlecht." Was die Revisionisten ihm aber verheimlichen: Daß diese Forderung, solange der Imperialismus existiert, ebensowenig Wirklichkeit werden wird, wie das Paradies auf Erden.

Warum riskieren denn die westdeutschen Imperialisten Notstnadsmaßnahmen, die ihnen den Haß der Werktätigen einbringen? Aus lauter Tollheit? Warum hören sie denn nicht auf ihre D'K'P-Freunde und greifen auf die Kohle zurück?

Weil sie Imperialisten sind! Sie begnügen sich nicht mit dem Spatz in der Hand, sie jagen nach der Taube auf dem Dach. Profit allein reicht ihnen bei weitem nicht. Im Imperialismus entscheidet der Maximalprofit. Wer am meisten die Völker unterjocht und ihre Bodenschätze ausplündert, der kann zeitweilig die Konkurrenten ausschalten.

Die Revisionisten aber leugnen das. Sie verbreiten mit ihrer Forderung "Kohleförderung statt Erdöl" die Illusion, der westdeutsche Imperialismus würde auf die Plünderung der arabischen Ölquellen verzichten und sich der weitaus weniger profitträchtigen Kohle zu-) wenden.

Wie verhalten sich die westdeutschen Imperialisten denn gegenüber den arabischen Ländern? Auf der einen Seite unterschreiben sie die EG-Erklärung, um dem drohenden arabischen Ölboykott zu entgehen.

Auf der anderen Seite aber segeln sie im Windschatten der Supermächte und unterstützen praktisch alles, was sich gegen die arabischen Völker richtet – in der Hoffnung, daß die Supermächte

der Öldrosselung und dem drohenden Ölboykott ein Ende bereiten.

Während die Supermächte so mit Unterstützung des westdeutschen Imperialismus Pläne schmieden für neue Aggressionen gegen die arabischen Völker, reden die D'K'P-Führer von der Besinnung auf die heimische Kohle. Das ist Ablenken von den Aggressionsplänen der Imperialisten!

In einer Situation, wo die westdeutschen Imperialisten ihr Heer gewaltig aufrüsten, wo noch vor wenigen Wochen westdeutsches Militär zusammen mit US-Truppen in Alarmbereitschaft stand, wo westdeutsche Truppen in Niedersachsen im Manöver "Bellende Meute" den inneren Notstand proben – in einer solchen Situation stellen die Revisionisten die Forderung: "Fahrstopp für die Bundeswehr".

Volle Schützenhilfe erhalten die Revisionisten dabei von Leuten, die es wagen, den Namen 'KPD' zu führen, von der Gruppe Rote Fahne: "Kein Benzin für Bullen und Bundeswehr – billiges Benzin für Arbeiter her" heißt es in ihrem Extrablatt.

Was bedeutet diese Forderung der D'K'P-Revisionisten und der GRF-Führer?

Freiwillig werden die Imperialisten gewiß nicht bereit sein, ihrem Militär das Benzin zu streichen und den Arbeitern billig zu überlassen. Im Gegenteil, sie rüsten und üben gegen die Arbeiterklasse. Und je mehr sich die Krise verschärft, je schärfer das Proletariat und alle Werktätigen den Kampf gegen die Imperialisten führen, desto härter wird der Staat seine reaktionäre Gewalt einsetzen. War Ford etwa kein Lehrbeispiel? Dort hat sich gezeigt, daß die Arbeiterklasse sich auf kommende Auseinandersetzungen mit Polizei und Bundeswehrkräften rüsten muß.

Statt die Kollegen auf die kommenden Auseinandersetzungen vorzubereiten, gibt die GRF vor, man könne gegenwärtig durchsetzen, daß der Staat seine imperialistische Armee, die er für Auseinandersetzungen gerade rüstet, stillegt und stattdessen die Arbeiter Benzin bekommen. Das ist eine gefährliche Unterschätzung des imperialistischen Staatsapparates und eine üble Irreführung der Arbeiter!

Forderung nach Verstaatlichung der Ölkonzerne - Ein revisionistischer Betrug

Na ja, werden die Revisionisten sagen, wir haben ja noch Punkt 2 und 3 unseres Programms: Alle Energiebereiche zusammenfassen und verstaatlichen. In der UZ vom 15. November heißt es: "Nur ein solcher volkswirtschaftlich sinnvoller Verbund aller Energieträger und Energiearten sowie die Ausschaltung des privaten Gewinnstrebens auf diesem Gebiet könnten stabile Preise und Versorgungssicherheit für den Verbraucher herbeiführen. Eine solche Politik würde nicht nur die Arbeitsplätze für die Bergleute sichern."

Was wollen die Revisionisten eigentlich? Der Staat ist doch gerade dabei, sämtliche Kräfte zusammenzufassen, um in der Veba einen einheitlichen Ölkonzern zu schaffen. Aber was hat das für einen Sinn? Die westdeutschen Ölkonzerne konkurrenzfähig zu machen, damit sie sich am Ölkuchen in den kleinen Ländern ein größeres Stück abschneiden können. Der Staat als Geschäftsführer der Imperialisten übernimmt es, die Konzentration der VEBA zu finanzieren.

Wessen Staat ist der Staat ?

Es ist eine unverschämte Lüge, wenn die Revisionisten behaupten, daß durch Verstaatlichung "privates Gewinnstreben" ausgeschaltet wird. Wessen Staat ist denn das? Der imperialistische Staat hat gerade die Aufgabe, die Interessen der Imperialisten durchzusetzen. Er ist ihr Macht- und Herrschaftsorgan. Jedes Gesetz, jede Maßnahme dient keinem anderen Zweck als dem Gewinn- und Machtstreben der Imperialisten. Der Staat denkt überhaupt nicht daran, für stabile Preise zu sorgen – er ist der größte Preistreiber! Er denkt überhaupt nicht daran, die Zechen wieder zu öffnen, damit die Bergbaukumpel Arbeit haben. Da können die Revisionisten jeden Kumpel fragen: Wer ist es denn, der die Stillegungsprämien zahlt?

Die Führer der GRF verbreiten nicht anders als die Revisionisten die Illusion vom Staat als Organ, das neutral zwischen den Klassen stehe. Zwar kritisieren sie scheinbar die Revisionisten: "Was nützt dieVerstaatlichung der Raffinerien und Lagertanks, wenn die Kontrolle über die Ölförderung und Verteilung in den Händen der multinationalen Konzerne bleibt. Durch diese Maßnahme gibt es weder mehr noch billigeres Öl."

Die GRF-Führer zweifeln aber keineswegs an, daß Verstaatlichung dem "privaten Gewinnstreben" ein Ende setze, sie sagen nur: man kann leider nicht alles verstaatlichen. Damit haben die GRF-Führer den Marxismus-Leninismus in der Frage des Staates verworfen und sich an die Fersen des Revisionismus geheftet. Die Revisionisten aber wollen die Arbeiterklasse mit ihrem Gerede davon abhalten, daß sie sich eines Tages erhebt, um den imperialistischen Staat, das Herrschaftsinstrument der Imperialisten zu stürzen.





Öl aus der Sowjetunion - Vordringen des Sozialimperialismus in Westeuropa

In der 4. Forderung der Revisionisten heißt es:
Um die "Abhängigkeit von internationalen Ölmonopolen" zu vermindern, wird "ein langfristiger Energie- und Stromverbund mit den sozialistischen Staaten angestrebt..." Mit den sozialistischen Staaten ist niemand anders; gemeint als die Sozialimperialisten in Moskau. Sie erhoffen sich in der gegenwärtigen Situation das große Energiegeschäft mit Westdeutschland. Und das nicht nur in finanzieller Hinsicht. Im letzten RM schrieben wir: "**Vor allem aber schaffen Energielieferungen nach Westeuropa wirtschaftlichen und politischen Einfluß für den SU-Imperialismus: Er kann verstärkt Druck auf die westeuropäischen Länder ausüben. Für die Sozialimperialisten in Moskau bedeutet das eine Verbesserung ihrer Position im Gerangel mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft in Europa.**" Statt 'Unabhängigkeit' also nur ein Wechsel des Firmenschildes. Es zeigt sich, daß die Revisionisten nicht nur für den westdeutschen Imperialismus arbeiten: Schließlich erhalten sie auch gute Bezahlung aus Moskau.

Kampf dem Revisionismus und dem Opportonismus

Das Gift, daß die Revisionisten mit ihrem Energieprogramm, überhaupt mit ihrer Propaganda in die Arbeiterklasse spritzen, ist gefährlich. Man darf es niemals unterschätzen. Allzu oft scheinen ihre Forderungen auf den ersten Blick ganz logisch und erst bei näherem Hinsehen entpuppen sie sich als das, was sie sind: Betrugsmanöver.

Wer den Kampf gegen den Revisionismus nicht führt, wird wie die Führer der Gruppe Rote Fahne den Marxismus-Leninismus, die Richtschnur des Klassenkampfes, aus den Augen verlieren und selbst im Sumpf des Opportunismus untergehen.

Die revisionistischen D'K'P-Führer und an ihrem Rockzipfel die Opportunisten in der GRF suchen die Arbeiterklasse von großen Kämpfen, die ihr gegen den imperialistischen Staat bevorstehen, abzuhalten und sie politisch zu entwaffnen.

Kurzfristig mögen sie dabei vielleicht einige Erfolge verbuchen können. Aber die Arbeiterklasse wird in den Kämpfen immer klarer die Manöver der Revisionisten und **Opportunisten erkennen und** durchschauen.

Unsere Partei wird mit ganzen Kräften dazu beitragen, daß dies möglichst schnell und gründlich geschieht.

I AM THE GREATEST !

Ende Oktober erhielten wir folgenden Brief:

"Genossen, ich kündige hiermit das Abonnement des Roten Morgen zum Ablauf dieses Jahres...
Mein Entschluß zu diesem Schritt wurde endgültig dadurch bestärkt, daß in der Nr.39 vom 6. 10. wieder mal unverschämte Lügen über die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) enthalten sind. Wenn dort die RF Nr.37 zitiert wird: "die Mehrzahl der Kader der KP Cihnas besitzt aber nur fragmentarische Kenntnisse der Theorie des M/L", so ist das völlig richtig dargestellt: denn wie konnte es gerade Hochstaplern vom Schlage Liu Schao-tschis und Lin Biaos gelingen, in führende Positionen der Partei einzudringen, eben weil man die Grundlagen des M/L nicht genug studiert hatte, um das Konterrevolutionäre dieser Arbeiterfeinde zu durchschauen..."

Mit keinem Wort der Selbstkritik sind die Führer der GRF auf die Kritik der KPD/ML an ihrer unverschämten Beleidigung der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas eingegangen. Die einzige Reaktion ist der vorliegende Brief einer Genossin aus der GRF.

Es erübrigt sich unserer Meinung nach, auf den Vorwurf gegen die KP Chinas einzugehen. Im Gegensatz zu den Führern der GRF sind wir wie alle anderen echten marxistisch-leninistischen Parteien auf der Welt, wie alle Revolutionäre, wie die um ihre Befreiung kämpfenden Völker, der Meinung, daß der siegreiche Kampf der KP Chinas gegen Imperialismus und Revisionismus ein glänzendes Beispiel ist, von dem wir uns zu lernen bemühen.

Wer das Studium des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen dagegen bitter nötig hat, ist die Verfasserin dieses Briefes. Die Tatsache, daß es in der Kommunistischen Partei einen Kampf zweier Linien gibt, ist keine Erfindung der Kommunisten, sondern ein von den Klassikern lediglich festgestelltes objektives Gesetz. Dieser Kampf zweier Linien, der bürgerlichen und der proletarischen, in der Partei ist eine Widerspiegelung des Kampfes der zwei Hauptklassen der Gesellschaft – des Proletariats und der Bourgeoisie. Den Vertretern der proletarischen Linie in der Partei vorzuwerfen, daß es in der Partei auch Vertreter der bürgerlichen Linie gibt, ist genauso widersinnig, als wolle man dem Proletariat vorwerfen, daß es die Bourgeoisie gibt.

Wir hoffen, daß die Verfasserin des Briefes ihre "Kritik" an der KP Chinas noch einmal ernsthaft überdenken wird.

Was die Führer der GRF angeht, so sind wir allerdings der Meinung, daß sie sehr wohl über die Grundgesetze des Marxismus-Leninismus Bescheid wissen. Es fällt darum schwer zu glauben, daß sich auch bei ihnen Unwissenheit mit Arroganz paart.

Einwanderungsstop für ausländische Arbeiter :

ALARMZEICHEN AUCH FUR DEUTSCHE KOLLEGEN

Am 23. 11. hat die Bundesregierung beschlossen, die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit in allen Ländern die nicht zur EG gehören, zu schließen. Ab sofort sollen keine ausländischen Arbeiter mehr an deutsche Firmen vermittelt werden.



2 000 griechische Kollegen demonstrieren in Bonn gegen die Unterstützung der griechischen Faschisten durch Bonn.

In der Erklärung der Bundesregierung, dem Sprachrohr der westdeutschen Imperialisten, heißt es:

"Es handelt sich um eine vorsorgliche Maßnahme zur Eindämmung der Ausländerbeschäftigung. Für die in unserem Land beschäftigten Menschen besteht kein Anlaß zu ernster Besorgnis. Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, daß sich aus der Energieverknappung gewisse Beschäftigungskrisen ergeben. Für diesen Fall wollen wir heute schon rechtzeitig vorsorgen."

Diese "vorsorgliche Maßnahme" wird eine Verschärfung der Krise auf gar keinen Fall verhindern. Genauso wie ein Einstellungsstop an einem Betrieb noch nie ein Heilmittel gegen Kurzarbeit und Entlassungen war, sondern ganz im Gegenteil stets das erste Anzeichen für weitere Angriffe auf die Arbeiter, ist auch der Einwanderungsstop für ausländische Arbeiter nichts anderes als ein Alarmzeichen für das Ausmaß der Krise, mit dem die Kapitalisten rechnen. 500 000 Arbeitslose für 1974 hat ein Bonner Staatssekretär angekündigt. Schon heute meldet fast jeden Tag ein anderer Betrieb "vorsorglich" Kurzarbeit an.

Die Kapitalisten wissen, daß die Arbeiter, Deutsche wie Ausländer, das nicht kampflos hinnehmen werden. Der Streik bei Ford aus Protest gegen die Entlassungen von über 300 Arbeitern hat das deutlich genug bewiesen.

Darum versuchen sie, solange wie es geht, solche Massenentlassungen zu vermeiden. Einstellungsstops, erzwungene Kündigungen durch die Arbeiter selbst, die sogenannten Sozialpläne für Arbeiter über 60 usw. und jetzt der Einwanderungsstop für Ausländer sind jetzt im Moment die hauptsächlichen Mittel, um die Arbeiter zu hunderten und tausenden auf die Straße zu setzen. Durch diese schleichenden Massenentlassungen wollen sie verhindern, daß sich von Anfang an der Widerstand gegen kapitalistischen Ausweg aus der Krise organisiert. Über kurz oder lang aber werden sie massenhafte Entlassungen nicht umgehen können. Für diese Zeit brauchen sie einen "Blitzableiter", um zu verhindern, daß die Arbeiter sich im Kampf gegen das Kapital zusammenschließen.



"Kein Anlaß zu ernster Besorgnis" – heißt es. "Unter einer Voraussetzung, wenn die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze räumen." Es ist klar, den Kapitalisten wäre es am liebsten, wenn deutsche und ausländische Arbeiter untereinander einen Kampf um die Arbeitsplätze beginnen würden, statt sich gemeinsam gegen die Kapitalisten zu wehren. Hat der deutsche Arbeiter erst seinen ausländischen Kollegen von der Maschine gedrängt, im Glauben, so seinen Arbeitsplatz zu erhalten, so hat der Kapitalist später leichteres Spiel, auch ihn zu entlassen. Einer ist schwächer als zwei.

"Als Deutsche müssen wir zuerst an den deutschen Arbeiter denken", sagen Regierung, Kapital, aber auch DGB-Führer.

Dieses Beschwören der "Gemeinschaft der Deutschen", ist das nicht als Volksverhetzung, um die Arbeiter vom Kampf gegen das Kapital abzuhalten. Ob der Arbeiter, der an ihrem Hochofen steht, Müller heißt oder Alexandros, die Kapitalisten plündern ihn aus bis aufs Hemd. Das Handeln der Kapitalisten bestimmt sich nicht danach, welchem Volk sie angehören, sondern nach dem Interesse ihrer Klasse, nach dem Streben nach Profit.

Genauso darf für die Arbeiter nicht entscheidend sein, welche Hautfarbe und welche Sprache der andere spricht. Entscheidend ist allein: Ist er Ausbeuter oder Ausgebeuteter. Ist er bereit, mit mir gemeinsam gegen die Kapitalisten zu kämpfen oder nicht? Gegen die Spaltungsversuche der Kapitalisten muß die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter hergestellt werden. Die ausländischen Arbeiter sind bereit, den Kampf gegen das Kapital zu führen. Die Auguststreiks haben das all denen bewiesen, die der Zweckpropaganda der Bourgeoisie geglaubt haben, die ausländischen Arbeiter hätten nur ein Interesse: Geld zu scheffeln, und sei es auf dem Rücken der deutschen Kollegen, um sich in ihrer Heimat ihr Geschäft hinzusetzen. 2,6 Millionen ausländische Arbeiter sind in Deutschland – 2,6 Millionen Rivalen der deutschen Arbeiter – sagen die Kapitalisten und ihre Propagandaorgane; 2,6 Millionen Arbeiter mehr, um im gemeinsamen Kampf den Angriff des Kapitals und seiner Handlanger zurückzuschlagen, muß die Antwort der deutschen Arbeiterklasse sein.

KNÜPPELEINSATZ AN RUHRUNIVERSITÄT

Nach dem Prinzip: Einkreisen und alles zusammenschlagen! knüppelte die Polizei am 29.11. in der Ruhruniversität in Bochum den Klausurstreik von 200 Studenten nieder. Fünf Studenten wurden schwer verletzt – bei einem besteht Verdacht auf Schädelbasisbruch – mindestens 20 mußten ambulant behandelt werden. Vier der Streikenden wurden festgenommen.



Einer der verletzten Studenten wird zum Krankenwagen getragen.

Seit Monaten forderten die Studenten der Sozialwissenschaften die Abschaffung der Klausuren und stattdessen Einführung von Hausarbeiten. Im Sommer weigerte sich die Universitätsleitung, diesen Forderungen nachzukommen. Daraufhin beschlossen die Studenten in der letzten Woche: Klausurstreik! Als am Mittwoch der reaktionäre Professor am sozialwissenschaftlichen Institut mit einer Handvoll Streikbrecher die Klausur trotzdem durchführen wollte, besetzten die Studenten das Dekanat, um diesen Streikbruch zu verhindern.

Bereits an diesem Tag hörte ein Kommilitone zufällig am Telefon mit, wie die Universitätsleitung für den nächsten Tag Polizei anforderte. Am Donnerstag sollte durch eine neue Dekanatsbesetzung die Durchführung dieser Streikbrecheraktion noch einmal verhindert werden. Die bereitstehende Polizei griff sofort ein: Etwa 100 behelmte und mit Schlagstöcken bewaffnete Polizisten riegelten die Studenten von zwei Seiten ein und knüppelten sie zusammen. Im geschlossenen Raum zusammengepfercht, konnten sich die unbewaffneten Studenten kaum wehren.

Dreimal formierte sich die Polizei neu und stürmte den Saal, obwohl die überraschten Studenten kaum Widerstand leisteten. Graf Hardenberg, Polizeipräsident von Bochum, leitete diesen Einsatz persönlich. Von Polizeivorschriften, von "Verhältnismäßigkeit der Mittel" war da keine Rede mehr. Was sich hier zeigte, war der Charakter der Polizei als Bürgerkriegstruppe.

Am gleichen Nachmittag versammelten sich über 3000 Studenten zu einer Protestdemonstration. Eine Vollversammlung verurteilte den Polizeiüberfall und forderte den Rücktritt von Dekan Willms von der Abteilung der Sozialwissenschaften. Die Studenten haben beschlossen, in einen totalen Vorlesungsstreik zu treten.

KAMPF DER KLASSENJUSTIZ

Geldstrafe gegen Genossen in Westberlin

Weil er angeblich eine Parole gemalt und damit "Sachbeschädigung" begangen hat, wurde in Berlin ein Genosse zu 300 DM Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt der mehrmals auftrumpfte, er habe "große Erfahrung in politischen Prozessen", hatte 400 DM gefordert.

Prozeß geplatzt

Weil er ein Plakat zum Roten 1. Mai geklebt haben soll, stand, ebenfalls in Berlin, ein anderer Genosse vor Gericht. Aber der Prozeß platzte. Der Staatsanwalt, der Erklärungen des "Angeklagten" mehrmals unterbrach, verließ schließlich mit den Worten: "Das kann ich mir nicht mehr länger anhören!" den Saal. Die Hauptverhandlung wurde abgebrochen, der Staatsanwalt aus dem Prozeß zurückgezogen.

NEUE VERFOLGUNG TÜRKISCHER PATRIOTEN

Die letzte Nummer des ROTEN MORGEN, in der wir ausführlich über den Ausweisungsterror deutscher Behörden gegenüber fortschrittlichen ausländischen Kollegen und Studenten berichtet haben, war noch in Druck, da schlug die Polizei wieder zu: Am 18. November durchsuchte sie die Wohnungen von Yildirim Dagyeli in Frankfurt und Himmit Subasi in Konstanz, beide Kämpfer gegen das faschistische Regime in der Türkei. Durchsuchungsgrund: "Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung."

Yildirim Dagyeli ist Arbeiter und lebt seit Jahren in der Bundesrepublik. Wegen "Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung liegt in der Türkei ein Haftbefehl gegen vor. "Kriminelle Vereinigung" - das ist die "Patriotische Einheitsfront der Türkei", die seit Jahren gegen das faschistische Regime in der Türkei kämpft, und die auch viele türkische Arbeiter in der DBR organisiert hat! Dagyelis Paß wurde bereits vom türkischen Konsulat für ungültig erklärt - eine deutliche Aufforderung an die deutschen Behörden, ihn auszuliefern. Seit 10 Monaten sitzt seine Mutter im Gefängnis, damit der Sohn zur Rückkehr erpreßt werden soll.

Diese Absicht muß durchkreuzt werden! Der Kampf um Aufenthaltsgenehmigung für alle fortschrittlichen Ausländer, der Kampf gegen den Ausweisungsterror ist Teil des Kampfes gegen die politische Unterdrückung, den unsere Partei führt. Schluß mit der Verfolgung und Unterdrückung unserer ausländischen Kollegen!

Auch Himmit Subasi aus Konstanz, Student, wird seit Jahren vom türkischen Geheimdienst MIT schikaniert. Denn die türkischen Faschisten, die seit dem Militärputsch 1971 mehr als 10000 Patrioten ins Gefängnis werfen, foltern oder hinrichten ließen, um die revolutionäre Bewegung zu ersticken, fürchten auch die revolutionäre Studentenbewegung im Ausland. Diese Bewegung hat überall in der Welt den gerechten Kampf des türkischen Volkes propagiert, die faschistische Fratze des Regimes in Ankara entlarvt und so dem Befreiungskampf in diesem Land viele Freunde gewonnen. Die deutschen Imperialisten haben bei dieser Verfolgung türkischer Patrioten in der DBR bereitwillig mitgeholfen: Sie annullierten Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, sobald die Pässe von Arbeitern und Studenten von türkischen Behörden einbehalten wurden und schrieben Ausweisungsbefehle wie schon im Fall Targün und Tarhan. Sie eröffneten Kurse zur Ausbildung türkischer Polizisten. Sie lieferten Militärausrüstung an das faschistische türkische Regime und übergaben ihm die Namen fortschrittlicher Türken in der DBR.

Die Ermittlungen wegen "Verdachts auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" gegen Dagyeli und Subasi zeigen, was die westdeutschen Imperialisten vorhaben: Abschiebung von zwei Patrioten an ein faschistisches Regime, das sie gnadenlos einkerkern, foltern oder töten wird!

Trotz Demonstrationsverbot in Köln

2000 demonstrieren gegen Schah - Faschismus

"Angesichts der gegenwärtigen Energiekrise macht sich jeder einzelne Sorgen um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Deshalb ist bei einer Demonstration gegen die Schah-Regierung, die die Bundesrepublik auch weiterhin mit Erdöl beliefert, mit Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und Demonstranten zu rechnen."

Mit dieser ungeheuerlichen Lüge, das deutsche Volk liebe den Schah-Faschismus, verbot das Innenministerium eine Demonstration der CISNU gegen 12 Todesurteile im Iran, zu der auch die KPD/ML, die Gruppe Rote Fahne und andere Organisationen aufgerufen hatten.

Aber das deutsche Volk steht nicht auf der Seite des Schah-Regimes, es haßt diese braune Pest und ist bereit, gegen sie zu kämpfen. Das haben die Demonstrationen 1967 gegen den Schah-Besuch bewiesen, wo deutsche Polizisten den Studenten Benno Ohnesorg erschossen. Das deutsche Volk verabscheut die Todesurteile, die von Militärgerichten in Teheran gegen 12 fortschrittliche Künstler ausgesprochen wurden. Das deutsche Volk ist nicht bereit, tatenlos zuzuschauen, wie die westdeutschen Imperialisten Blutzoll für persisches Erdöl zahlen. Tausende kämpfen gegen die Auslieferung iranischer Patrioten. Tausende waren auch bereit,

Dafür versuchten Provokateure, die Bevölkerung aufzuhetzen, was aber nicht gelang. Zivile Greiftrupps rissen Demonstranten vom Rand weg, versuchten sie zu verprügeln und nahmen sie fest. Etwa 60 Demonstranten wurden verhaftet. Aber obwohl sie im Gefängnis weder einen Rechtsanwalt erhielten noch ärztliche Hilfe – mehrere waren verletzt – gaben sie den Kampf nicht auf. Mit Liedern, Parolen und Protesterklärungen leisteten sie der Polizei geschlossenen Widerstand.

Nach einer Kundgebung glaubte die Gruppe Rote Fahne, sie habe nun ihre Pflicht getan und befahl:

MORD
GESUCHT WIRD
REZA PAHLAVI
WEGEN
MASSENMORD HOCHVERRAT
AUSPLÜNDERUNG



Benno Ohnesorg, 1967 von westdeutschen Imperialisten während der Kämpfe gegen den Schah-Besuch erschossen.

dieses reaktionäre Demonstrationsverbot, das in erster Linie eine offene Drohung gegen die iranische Studentenorganisation CISNU darstellt, zu durchbrechen. Hier mußte demonstriert werden – auch wenn Opportunisten wie der 'K'BW sich am liebsten zurückgezogen hätten.

Gegen 14.30 Uhr versammelten sich hunderte von fortschrittlichen Menschen und Genossen zur Kundgebung. In Reden, Parolen und Transparenten forderten wir: "Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran! Weg mit den Todesurteilen!" Gegen den Protest der Opportunisten von der Gruppe Rote Fahne und vom 'K'BW hißte die ROTE GARDE ihre Fahne, setzten wir die Parole durch: Deutsche, Perser, Hand in Hand, – Klassenkampf im eigenen Land! Dann zogen etwa 2.000 Menschen durch die Innenstadt.

Etwa ebensoviele Polizisten waren aufgeboten, um die Demonstration zu zerschlagen. Aber hier, in der engen Fußgängerzone, wo sich die Bevölkerung mit uns solidarisierte, wagten sie nicht, mit Schlagstöcken gegen den Zug vorzugehen. Auf der Hohen Straße trafen wir auf die erste Polizeikette. Es dauerte keine Minute, und sie war niedergerannt. Polizisten lagen am Boden, wurden von empörten Demonstranten verprügelt und schrien um Hilfe. Nach dieser Niederlage zogen sich die uniformierten Polizisten erst einmal aus der Fußgängerzone zurück. Mehrmals demonstrierten wir durch die Hohe Straße und hielten Kundgebungen ab, ohne daß ein Polizeihelm es wagte, aufzutauchen.

Auflösen! Auflösen – hier, wo die Bevölkerung auf unserer Seite stand, angesichts dieses Sieges über die Polizei? Hier mußte der Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten und den Schah-Faschismus vorangetrieben werden! Die KPD/ML sammelte die Kräfte erneut und formierte einen zweiten Zug, der schnell auf mehrere hundert anwuchs. Auf den Schultern der Demonstranten entlarvte ein Parteiredner die Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten mit den Unterdrückern im Iran. Persische Genossen, die trotz der Gefahr, die für sie damit verbunden war, auf die Straße gingen, drückten ihm die Hand und dankten für diese Solidarität.

Noch einmal wollte die Polizei den Zug zerschlagen. Polizistenketten rückten gegen uns vor. Die Demonstration stockte kurz, rückte dann aber in geschlossenen Ketten, unter ständigen Parolenrufen, weiter. Die Polizisten wichen zurück, zögerten – und lösten sich auf. Machtlos mußten sie zusehen, wie trotz des Verbotes an diesem Tag die Kölner Innenstadt zur Stätte der Agitation und Propaganda wurde gegen die Unterdrücker in der DBR und im Iran.

In diesem Kampf hat die KPD/ML ihre führende Rolle im antiimperialistischen Kampf bewiesen. Es zeigte sich: Wenn wir konsequent kämpfen, wenn wir vor dem Klassenfeind nicht zurückweichen und jeden Opportunismus zurückschlagen – dann finden wir im Volk breite Unterstützung!

Genschers Umweltforum - Augenwischerei !

Das Thema "Umweltschutz" interessiert die Kapitalisten nur solange, wie sie daran verdienen können. Die Aktien solcher Firmen, die sich mit der Entwicklung von Umweltschutzmethoden befassen, sind in der letzten Zeit angestiegen. In der Praxis jedoch geschieht fast nichts. Noch immer gilt der Spruch: Die drei größten Nebenflüsse des Rheines heißen BASF, Hoechst und Bayer-Leverkusen !

Hauptproblem für die Kapitalisten ist nicht: Wie kann die zunehmende Zerstörung der Natur aufgehalten werden, sondern: Wie wiegeln wir den anwachsenden Kampf der werktätigen Bevölkerung gegen Wasserverseuchung und Luftverpestung ab? Dazu hat sich Innenminister Genscher ein besonderes Spektakel ausgedacht: Zweimal im Jahr soll in Zukunft auf Kosten der Steuerzahler ein "Umweltschutzforum zusammentreten und über Gegenmaßnahmen beraten.Das erste begann am 27. 11. in Bonn. Genscher kam extra aus VR China zurückgereist und behauptete:"Diese Zusammenarbeit kann ein Modell dafür werden, wie ein so schwieriges Problem wie der Umweltschutz gelöst werden kann."

Wer arbeitet denn da mit wem zusammen? Die Zusammensetzung des Forums zeigt es: Kapital, Staat, Gewerkschaft und bürgerliche "Sachverständige" haben sich zusammengetan. Präsident ist der Vorstandssprecher des Wasserversorgungsunternehmens Gelsenwasser AG in Gelsenkirchen. Geschäftsführer wurde Arnim Schmülling vom Bundesverband Deutscher Banken. Kommentar der WAZ: "Die Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik soll sich in der Zusammensetzung des Umweltforums wiederspiegeln." Auch die Geschäftordnung zeigt, was hier gespielt wird: Um "Kritik und bohrende Fragen zu vermeiden" (Süddeutsche Zeitung) darf jeder Teilnehmer nur eine Frage stellen, die er bereits vier Wochen vorher schriftlich zur Genehmigung einreichen muß. Empfehlungen und Vorschläge zum Umweltschutz dürfen nicht ausgearbeitet werden.

Nein, hier wird nicht darüber diskutiert, wie in Zukunft unsere Flüsse und Seen gereinigt, wie unser Trinkwasser entseucht wird. Die Kapitalisten denken nicht daran, freiwillig einen Finger zu rühren für den Umweltschutz! Das Schauspiel "Umweltschutzforum" steht unter der ungeschriebenen Parole: "Was tun wir gegen die wachsende spontane Bewegung gegen die Umweltverschmutzung? " So heißt eine der Fragen, eingebracht von einem Staatssekretär: **"Hält die Industrie es nicht für denkbar, daß sie nicht erst die Gründung einer Bürgerinitiative, die notwendig eine Antistellung haben muß, abwartet, sondern zu einem sehr frühen Zeitpunkt, vielleicht sogar mit einer Bürgerinitiative, die sie selbst trägt, zu einer gegenseitigen Abstimmung und Verständigung kommt?"**

Das ist nur eine der Methoden, mit der die Bourgeoisie und ihre Handlanger in Staatsapparat und DGB-Führung die spontane Bewegung zerschlagen wollen: Unterwanderung durch Agenten, Zersetzung durch die bürgerliche Ideologie der "Klassenzusammenarbeit" . Das sind "Umweltschutzfragen", die Genschers Forum lösen will!

Solidaritätsadresse

Auf unserer Veranstaltung in Recklinghausen zum Thema: Reform oder Revolution? haben wir vom Verbot der Demonstration in Köln für die politischen Gefangenen in Persien gehört. Wir verurteilen entschieden diese neue Terrormaßnahme. Unsere Solidarität gehört den in Köln verhafteten Genossen. Zu ihrer Unterstützung haben wir 104 DM gesammelt.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Hoch die internationale Solidarität!

Vorwärts mit der KPD/ML!

Wendet Euch an die Parteibüros der KPD/ML

München :

Thalheimer Straße 19;

Bremen :

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

Kiel :

Reeperbahn 13, Tel.: 0431/ 74 762.

PARTEIVERANSTALTUNGEN

Hamburg, 7.12.:
Revolutionäre Kunst und Kultur – das Rote Sprachrohr, der Hamburger Agit-Prop-Trupp berichtet aus seiner Arbeit.
Hamburg, 14.12.:
Kampf in der Bundeswehr.
Beide Veranstaltungen finden um 19 Uhr im Alten Sängerheim, Oelkersallee 5 statt.

Geschenkabonnement

für:

Ort: .... Straße: ....

Vom 1. Januar 1974 bis 31. Dezember 1974 wird der ROTE MORGEN per Postversand an obige Adresse zugeschickt. Die Überweisung des Geschenkabonnements erfolgt durch:

Name, Vorname ....

Postleitzahl, Ort ....

Straße ....

Datum ....

Unterschrift ....

Das Geschenkabonnement wird mit obigem Abschnitt an den angegebenen Adressaten (siehe *) zugestellt, sobald 25,– DM an: **Verlag G. Schubert, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 – 466** überwiesen wurden. In den 25,– DM sind alle Nummern des Jahres 1974 enthalten, sowie auch Porto.

Bestellungen an: Verlag G. Schubert – Vertriebsstelle – 46 Dortmund-Hörde Postfach 526.

Aus aller Welt

Griechenland: Polizei und Militär in Griechenland führten im Kampf gegen die Volksmassen in Athen und anderen Städten deutsche Handfeuerwaffen mit sich. **Im September hatten die westdeutschen Imperialisten mit ausdrücklicher Einwilligung des "Friedenskanzlers" Brandt 100.003 Gewehre, 3000 Maschinenpistolen und große Mengen Munition an die griechischen Faschisten geliefert.**

SPANIEN: Freiheitskämpfer der baskischen Befreiungsorganisation ETA setzten in Bilbao einen Jachtklub in Brand, in dem spanische und ausländische Millionäre die dem baskischen Volk abgepressten Profite verprassten.

MEXIKO: Zum dritten Mal innerhalb zweier Monate verübten bewaffnete Volkskräfte Bombenanschläge in Guadalajara. Sie sprengten zwei Banken und das "Kriegerdenkmal" der Stadt in die Luft.

RHODESIEN: Die portugiesischen Kolonialisten haben den Truppen des rassistischen Smith-Regimes die Erlaubnis erteilt, rhodesische Befreiungskämpfer auch auf dem Gebiet von Mozambique zu verfolgen und am Kampf gegen die Frelimo teilzunehmen. Frelimo und rhodesische Befreiungskämpfer werden auch dieses Komplott zunichte machen.

PANAMA: Der 18. November war der 70 Jahrestag des schändlichen Panama-Kanal- Vertrags. Die US-Imperialisten zwangen 1903 die von ihnen eingesetzte Regierung des Staates Panama, den sie extra zu diesem Zweck von Kolumbien abgespalten und "gegründet" hatten, ihnen die Kanal-Zone "für alle Zeiten" als Hoheitsgebiet zu überlassen. Das panamanische Volk ist nicht mehr gewillt, diese Schweinerei hinzunehmen. Es hat schon 1970 mit bewaffneten Ak-Aktionen dagegen gekämpft und wird solange dagegen kämpfen, bis die Kanalzone befreit und ein Teil des souveränen Staates Panama ist.